

Eine Bilanz - 100 Tage Große Koalition

»Wenig versprochen, noch weniger gehalten«

Inhalt

| | |
|---|----|
| Rentenpaket: Manches wird besser, nichts wird gut..... | 2 |
| Kernprobleme bleiben: Rentenniveau sinkt weiter, Altersarmut nimmt zu | 3 |
| Mindestlohn: zu gering, zu spät und mit Ausnahmen | 3 |
| Hartz-IV-Sanktionen nehmen zu – Arbeitsverweigerung bei Armutsbekämpfung | 4 |
| Reallöhne gesunken – Gewinn- und Vermögenseinkommen steigen rasant..... | 5 |
| Sachgrundlose Befristungen explodieren – SPD leistet vorseilenden Gehorsam..... | 6 |
| Ausgeglichener Haushalt 2015? »Schwarze Null« ist unehrlich und ungerecht | 6 |
| Große Koalition schont Reiche | 7 |
| Kein Geld für Investitionen in die Zukunft..... | 8 |
| Gesundheit: zukünftige Kostensteigerungen tragen allein die Versicherten | 8 |
| Doppelpass-Kompromiss ist faul. Optionspflicht wird zum Bürokratiemonster | 9 |
| Wohnen wird zum Armutsrisiko – Maas` Mietpreisbremse klemmt | 9 |
| Strompreise: Gabriel an der Seite der Konzerne – auf Kosten der Verbraucher | 10 |
| Tarifrunde im öffentlichen Dienst: Forderungen sind nicht »maßlos«, sondern notwendig..... | 10 |
| NSA-Affäre und Freihandelsabkommen – erst abgehört, dann über den Tisch gezogen?..... | 11 |
| Steinmeier und von der Leyen wollen neue Auslandseinsätze – Rüstungsexporte: Deutschland weiter Europameister..... | 11 |
| Steinmeier in Griechenland - SPD feiert Troika-Politik | 12 |

Rentenpaket: Manches wird besser, nichts wird gut

Rente ab 63, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, ABER:

- nur ein Drittel der Beschäftigten profitiert
- sowie nur 14 Prozent der Frauen
- Langzeiterwerbslose gehen leer aus
- Rente erst ab 67 bleibt
- Problem Altersarmut ungelöst

Die Rente ab 63 (abschlagsfreier Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren) wird schnell zur »Rente 63 plus«. Sie gilt nur für die Jahrgänge 1951 und 1952, für alle anderen gilt die Rente ab 63 nicht. Denn das Eintrittsalter wird - nach Logik der Rente erst ab 67 - schrittweise angehoben. Für die Jahrgänge ab 1964 gilt schon wieder die Rente ab 65. Zeiten des Bezugs von Arbeitslosenhilfe bzw. Hartz IV werden nicht berücksichtigt. Das heißt, ein Maurer, der in seinem Erwerbsleben einmal vier Jahre arbeitslos war, wird schlechter gestellt als ein Maurer, der viermal ein Jahr ohne Arbeit war. Nur ein Drittel der Beschäftigten erfüllt die Kriterien für den früheren abschlagsfreien Renteneintritt, unter Frauen sind es nur etwa 14 Prozent. Von denen, die weiter - schrittweise bis zur Rente erst ab 67 - arbeiten müssen, sind mit 64 Jahren nur etwa 15 Prozent in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

»Mütterrente«, grundsätzlich richtig, ABER:

- falsch finanziert,
- weiterhin ungerecht,
- auch zwischen Ost und West.

Die sogenannte »Mütterrente« - Frauen (und Männern), die vor 1992 geborene Kinder erzogen haben, soll pro Kind ab dem 1. Juli 2014 ein zusätzlicher Entgeltpunkt als Zuschlag zur Rente gezahlt werden - kostet rund 6,5 Milliarden im Jahr. Die Große Koalition will dies aus Beitragsmitteln finanzieren. Das heißt, die Verkäuferin mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen muss zahlen, Bundestagsabgeordnete beispielsweise werden geschont.

Ein zusätzlicher Entgeltpunkt bedeutet jedoch keine Gleichstellung. Für vor 1992 geborene Kinder werden künftig zwei Entgeltpunkte gezahlt, für nach 1992 geborene Kinder bleibt es bei drei Entgeltpunkten. Das heißt, der Bundesregierung sind Kinder unterschiedlich viel wert. Sie unterscheidet auch zwischen Ost und West. Ein zusätzlicher Entgeltpunkt bedeutet im Westen gut 28 Euro, im Osten knapp 26 Euro mehr Rente pro Monat und Kind. Damit zementiert die Bundesregierung die Rentenmauer.

Kernprobleme bleiben: Rentenniveau sinkt weiter, Altersarmut nimmt zu

Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente wird weiter abgesenkt – von 53 Prozent im Jahr 2000 auf 43,7 Prozent im Jahr 2030. Derzeit liegt es bei 48,7 Prozent. Die Auswirkungen dieser Politik sieht man an folgendem Beispiel: Eine Rente von ehemals 1038 Euro, wird dann nur noch 853 Euro wert sein.

Oder anders ausgedrückt: Auch Menschen mit mittleren Einkommen werden in die Altersarmut rutschen. Denn durchschnittlich Verdienende müssen heute bereits rund 26 Jahre arbeiten, um eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu bekommen, 2030 werden es 35 Jahre sein.

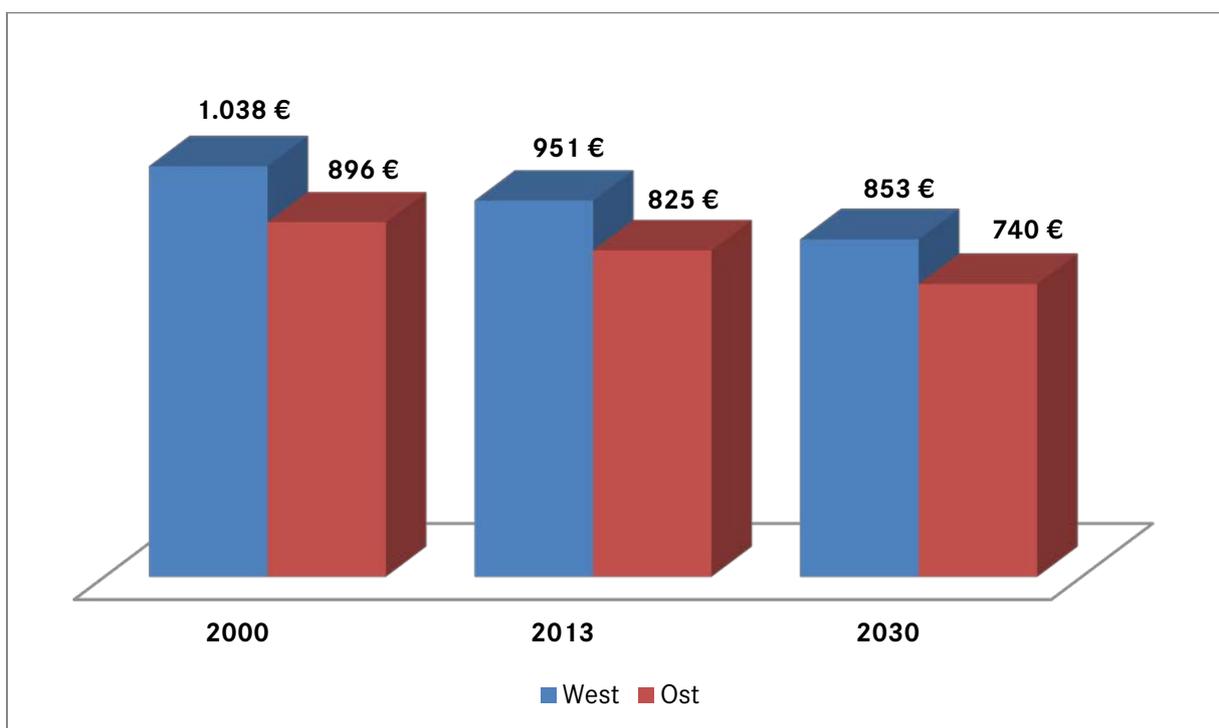


Abbildung 1: Rentenniveau im Vergleich

Mindestlohn: zu gering, zu spät und mit Ausnahmen

- 8,50 Euro sind zu wenig. Ausnahmen sind inakzeptabel.
- 8,50 Euro kommen zu spät. Sie sind 2017 nur noch 8 Euro wert.
- 8,50 Euro bedeuten: Deutschland ist Schlusslicht in Westeuropa!
- 8,50 Euro – Hunderttausende müssen trotzdem Hartz IV beantragen.

Der Mindestlohn kommt nicht ohne Ausnahmen. Arbeitsministerin Andrea Nahles will Langzeiterwerbslose und junge Menschen unter 18 Jahren den Mindestlohn von 8,50 Euro verwehren. Davon wären rund eine Million Menschen betroffen.

Ein Mindestlohn von heute 8,50 Euro wird durch Inflation bis ins Jahr 2017 deutlich entwertet. Nach Abzug der durchschnittlichen Inflationsrate (2 Prozent pro Jahr) beträgt der reale Wert des Mindestlohns von heute 8,50 Euro im Jahr 2017 nur noch 8 Euro.

Wenn Inflationsrate und durchschnittliche Produktivitätsentwicklung bis ins Jahr 2017 berücksichtigt werden, müsste der gesetzliche Mindestlohn bei umfassender Einführung am 1. Januar 2017 mit mindestens 9,29 Euro starten.

21 von 28 EU-Staaten verfügen über einen gesetzlichen Mindestlohn. Mit 8,50 Euro liegt der anvisierte deutsche Mindestlohn aber schon heute deutlich unter dem westeuropäischen Niveau (2014: Belgien 9,10 Euro, Niederlande 9,11 Euro, Frankreich 9,53 Euro, Luxemburg 11,10 Euro).

8,50 Euro sind zu wenig. 740 000 Personen wären trotz Vollzeitbeschäftigung auf Hartz IV angewiesen. Einer Auswertung der Bundesagentur für Arbeit zufolge wird im Osten mehr als ein Fünftel der alleinstehenden Grundsicherungsempfänger nach Abzug der Wohnkosten (KdU) von mindestens 345 Euro mit einem Mindestlohn von 8,50 Euro trotz Vollzeitarbeit unverändert auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen blieben. Im Westen würden 8,50 Euro jeder und jedem Zweiten nicht reichen, um aus dem Leistungsbezug herauszukommen.

Hartz-IV-Sanktionen nehmen zu – Arbeitsverweigerung bei Armutsbekämpfung

- Anstieg zwischen 2009 und 2013 von 300.000 auf eine Million Fälle
- 38 Prozent der Widersprüche gegen verhängte Sanktionen haben Erfolg, 55 Prozent aller Klagen werden gewonnen. Die Große Koalition will die Sanktionen nicht abschaffen.
- Keine Verbesserungen für Hartz-IV-Beziehende geplant.
- Weitere Einschnitte drohen, Gewerkschaften und Sozialverbände außen vor.

Es war nicht zu erwarten und ist bezeichnend für die Große Koalition, keine Verbesserungen der Lebensbedingungen der Hartz-IV-Beziehenden anzustreben. Im Koalitionsvertrag findet sich nur ein Verweis auf eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Vereinfachung des Leistungsrechts – bzw. des Verfahrensrechts. Hartz IV ist für die Koalition als solches offenbar kein Thema. Für die Betroffenen drohen durch die Arbeitsgruppe und die Große Koalition keine Vereinfachungen, sondern massive Verschlechterungen.

Zum Beispiel durch zwei aktuelle Vorschläge der Bundesagentur für Arbeit:

Der Mehrbedarf für Alleinerziehende soll nur noch denjenigen zugestanden werden, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder an einer Maßnahme zur beruflichen Eingliederung teilnehmen.

Es soll eine vorläufige Leistungseinstellung gesetzlich verankert werden, sofern sich Leistungsbeziehende trotz dreimaliger Aufforderung nicht beim Jobcenter melden. Nicht einmal erwähnt wird die zwingende Voraussetzung einer solchen Leistungseinstellung, nämlich die Einräumung des Rechts auf eine Anhörung. Eine automatische Leistungseinstellung ohne Anhörungsmöglichkeit würde rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht genügen.

Völlig inakzeptabel ist, dass weder Gewerkschaften noch die Vertreterinnen und Vertreter der von Erwerbslosigkeit und Hartz IV Betroffenen in den Diskussionsprozess eingebunden sind.

Reallöhne gesunken – Gewinn- und Vermögenseinkommen steigen rasant

- Reallöhne waren 2013 0,7 Prozent niedriger als 2000
- Die vergangenen Jahre, in denen die Löhne auch real meist zulegten, haben die erheblichen Verluste, die die Beschäftigten in den 2000er Jahren hinnehmen mussten, nicht ausgeglichen.
- Einkommen aus Vermögen und Unternehmensgewinnen stiegen rasant.



Sachgrundlose Befristungen explodieren – SPD leistet vorauseilenden Gehorsam

Die Zahl der Arbeitsverhältnisse, die ohne Angabe eines Sachgrundes befristet sind, ist stark angestiegen. 2001 gab es 550.000 Beschäftigungsverhältnisse dieser Art. Im vergangenen Jahr waren es 1,3 Millionen.

Bei Neueinstellungen liegt der Anteil der befristeten Jobs inzwischen laut IAB bei 44 Prozent, im Vergleich zu 32 Prozent im Jahr 2001.

DIE LINKE hat einen Gesetzentwurf in den Bundestag zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung eingebracht. Im Koalitionsvertrag ist dazu nichts vereinbart. Die SPD könnte also zustimmen und eines ihrer zentralen Wahlversprechen einlösen.

Nichts dergleichen, die SPD leistet vorauseilenden Gehorsam. Sie beruft sich auf die »Koalitionsräson« und lehnt den Gesetzentwurf der LINKEN im Bundestagsausschuss ab.

Ausgeglichener Haushalt 2015? »Schwarze Null« ist unehrlich und ungerecht

Die Bundesregierung schmückt sich mit einem ausgeglichenen Haushalt. Das letzte Mal war es Peer Steinbrück, der im Jahr 2008 einen ausgeglichenen Haushalt ankündigte. Kurze Zeit später kam die Finanzkrise, Banken wurden gerettet, Steinbrück verantwortete eine Rekordverschuldung im Jahr 2010.

Schäuble greift in die Sozialkassen. Haushalt ist weder ehrlich noch gerecht.

- Kürzung des Bundeszuschusses für die Krankenkassen: 2014 um 3,5 Milliarden Euro, 2015 um weitere 2,5 Milliarden Euro.
- Rentenreform wird aus Beiträgen statt aus Steuermitteln bezahlt. Vorteil für Schäuble: Allein die Mütterrente kostet 6,5 Milliarden im Jahr.

Schäuble spart bei den Kindern.

- Erhöhung des Kindergeldes wird auf 2016 verschoben. Damit spart Schäuble 315 Millionen Euro. Gleichzeitig kommt aber ein höherer Kinderfreibetrag um 72 Euro für Besserverdienende sofort.

»Schwarze Null« mit einem langen Schatten

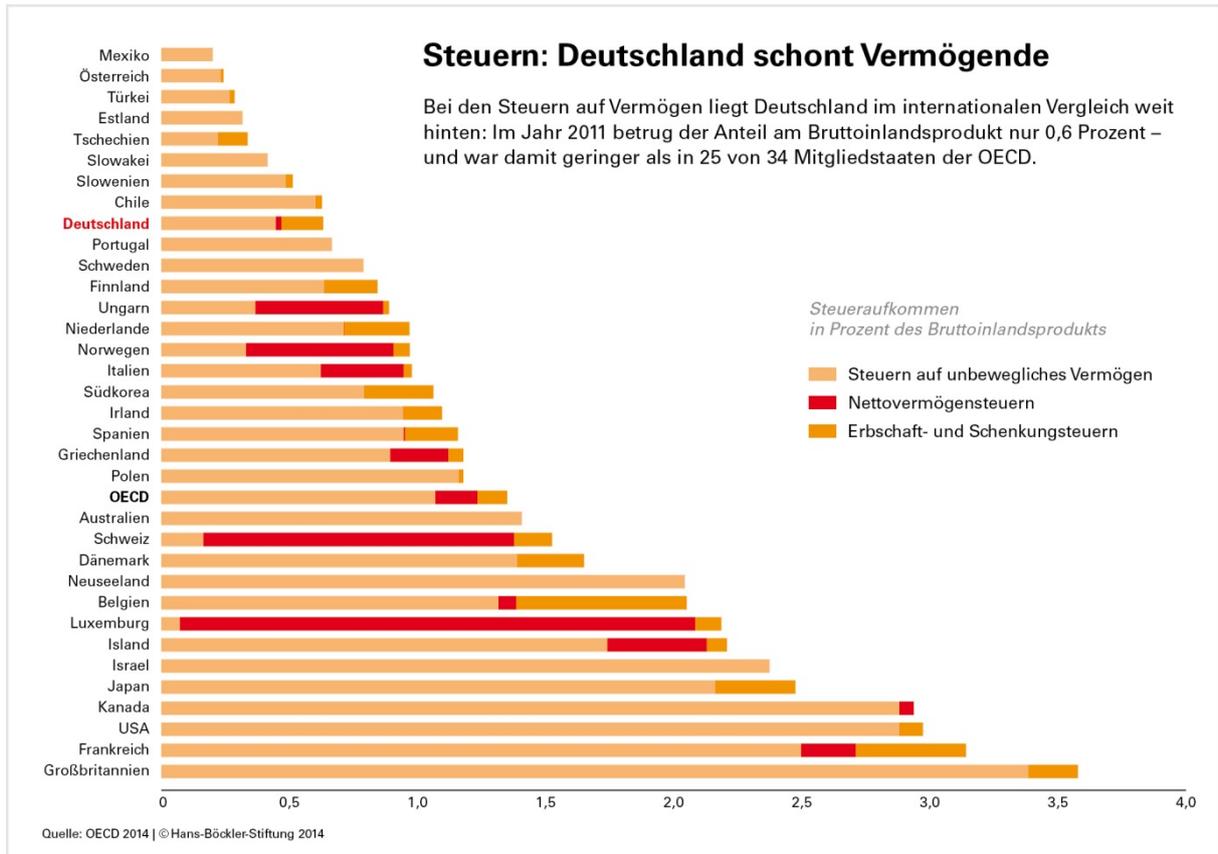
- Allein der sogenannte Finanzmarkstabilisierungsfonds SOFFIN hat bislang ein Defizit von 25 Milliarden eingefahren. Diese Summe ist im Haushalt noch immer nicht abgebildet.

Schäuble muss auch 2014 rund zehn Milliarden für das sogenannte »Aufstocken« ausgeben, weil es keinen Mindestlohn gibt.

Große Koalition schont Reiche

Ein gerechter Haushalt geht nicht ohne Steuergerechtigkeit.

Die SPD hat im Wahlkampf eine Vermögensteuer versprochen. Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt: Deutschland hat die ungleichste Vermögensverteilung innerhalb der Euro-Zone. Das hat einen politischen Grund: Vermögende werden geschont und tragen in Deutschland finanziell viel weniger zum Gemeinwesen bei als in anderen Ländern.



Die strafbefreiende Selbstanzeige soll, wenn überhaupt, etwas verschärft, aber nicht abgeschafft werden. Der Fall Hoeneß zeigt, wie absurd diese Regelung ist:

Hätte Hoeneß im Januar 2013 im Rahmen der Selbstanzeige seinen kompletten Steuerbetrug von rund 28 Millionen Euro dem Finanzamt fristgerecht mitgeteilt, wäre er tatsächlich straffrei geblieben. Für viele ist die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige erst der Anreiz, Steuern zu hinterziehen.

Kein Geld für Investitionen in die Zukunft

Schäuble ist eine »Schwarze Null« wichtiger als Investitionen, die die öffentliche Infrastruktur erhalten und ausbauen. Die Große Koalition will bis Ende der Legislaturperiode rund 24 Milliarden zum Beispiel in Bildung, Kitas und in die Verkehrsstruktur investieren. Angesichts des massiven Investitionsstaus, der sich seit 1999 laut DIW auf ca. eine Billion Euro summiert hat, sind diese Ausgaben viel zu gering.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband schätzt einen jährlichen Investitionsbedarf von mindestens 35 Milliarden Euro, um die Zukunftsaufgaben Pflege, Gesundheit, Bildung und Energiewende bewältigen zu können. Über Steuererhöhungen auf Vermögen und Spitzeneinkommen – wie sie DIE LINKE vorschlagen – können diese Investitionen problemlos gegenfinanziert werden.

Gesundheit: zukünftige Kostensteigerungen tragen allein die Versicherten

Das Ende der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung wird endgültig zementiert. Der allgemeine Beitragssatz wird im Referentenentwurf aus Hermann Gröhes Gesundheitsministerium auf 14,6 Prozent abgesenkt, der Arbeitgeberanteil dauerhaft auf 7,3 Prozent festgeschrieben. Steigende Kosten müssen allein von den gesetzlich Versicherten getragen werden.

Die bisher pauschalen Zusatzbeiträge (»Kopfpauschalen«) werden zu prozentualen einkommensabhängigen Zusatzbeiträgen der Krankenkassen umgebaut. Es findet kein Sozialausgleich aus Steuermitteln mehr statt. Besonders Geringverdienende werden dadurch überproportional belastet. Die meisten, wenn nicht alle, Kassen werden zum 1. Januar 2015 Zusatzbeiträge erheben, das sieht der Referentenentwurf vor. Die Zusatzbeiträge ersetzen zum einen den Sonderbeitrag von 0,9 Prozent, stellen in dieser Hinsicht also lediglich eine Umetikettierung dar. Zum anderen fließen aber auch sämtliche Kostensteigerungen der nächsten Jahre ein. Die Unternehmen werden an den Mehrkosten nicht beteiligt, obwohl sie von einer besseren Gesundheitsversorgung ihrer Beschäftigten profitieren. Zudem kürzt Schäuble den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds um sechs Milliarden Euro. Dies werden allein die Versicherten durch höhere Zusatzbeiträge bezahlen müssen.

Gröhe lässt Hebammen im Stich

Die Haftpflichtprämien für Hebammen sind explodiert. 1998 betrug sie noch 394 Euro. 2014 werden sie auf 5.091 Euro klettern. Mit Jahreseinkommen von 15.500 Euro (2010) ist das unbezahlbar. Die Absicherung von Geburtsrisiken wurde nach und nach der Versicherungswirtschaft überlassen. Hebammen schlagen Alarm, doch Gesundheitsminister Gröhe kündigt nur an, dass er die privaten Versicherungen zur Weiterführung der Haftpflichtverträge bis 2016 bewegen will. Gesetzliche Krankenkassen sollen die Prämien erstatten. Das ist keine langfristige Lösung. Die Absicherung der Geburtsrisiken von Mutter und Kind können wir nicht dem privaten Versicherungsmarkt überlassen. Nur ein staatlicher Haftungsfonds, wie ihn DIE LINKE seit 2010 fordert, schützt die Hebammen – und in Zukunft alle Gesundheitsberufe – vor den Versicherern.

Doppelpass-Kompromiss ist faul. Optionspflicht wird zum Bürokratiemonster

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, Kindern von Zuwanderern die doppelte Staatsangehörigkeit zu gewähren, also die Optionspflicht für diese Kinder abzuschaffen, sofern sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Nach dem Willen von Innenminister Thomas de Maizière sollen nun die sogenannten »Optionskinder« unter Beweis stellen, dass sie Deutsche und hier *aufgewachsen* sind, um beide Pässe behalten zu können. Es müssen Geburtsurkunde, Meldebescheinigung bzw. ein deutsches Schulabschlusszeugnis vorgelegt werden. Das bedeutete, eine Überprüfung hunderttausender Lebensläufe einzuleiten. Dabei geht de Maizière selbst davon aus, dass 90 Prozent dieser Kinder sowieso die Überprüfung bestehen und beide Staatsangehörigkeiten behalten können. Was soll diese Schikane? Übrigens gilt die Optionspflicht nicht für Kinder von EU-Bürgern oder Schweizern, aber für Kinder türkischer Eltern.

Wohnen wird zum Armutsrisiko – Maas` Mietpreisbremse klemmt

Die von der SPD im Wahlkampf angekündigte und nun von Justizminister Maas vorgelegte Mietpreisbremse klemmt gewaltig. Kräftige Mietsteigerungen werden die Regel bleiben.

- Aufschlag von 10 Prozent möglich, ohne dass Vermieter die Wohnung verbessern müssen;
- keine Regelung für Bestandsmieten;
- Anwendung bleibt Ländersache: Umsetzung unklar;
- »Wucherparagraph« (§ 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes) soll abgeschafft werden;
- keine neuen Mittel für sozialen Wohnungsbau.

Vermieter dürfen künftig, wenn sie eine Wohnung neu vermieten, einen Aufschlag von bis zu 10 Prozent auf die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen, ohne dass es zu einer Verbesserung der Wohnung kommen muss. Der zentrale Preistreiber der letzten Jahre bleibt unangetastet: Die ortsübliche Vergleichsmiete als solche. Diese berechnet sich nämlich nicht aus allen Mieten, sondern aus den abgeschlossenen Verträgen der letzten vier Jahre. Grundlage für den künftigen Aufschlag von 10 Prozent sind also ausgerechnet die Mietverträge, die in den letzten Jahren ohnehin explodiert sind.

Und: Wenn die Miete unter dem ortsüblichen Niveau liegen sollte, sind sogar Mieterhöhungen von deutlich über 10 Prozent zulässig.

Ein weiteres Problem: Ob die Regelungen zur Mietendämpfung von Wirtschaftsminister Heiko Maas überhaupt umgesetzt werden, hängt vom Willen der Bundesländer ab. Da der Union diese Vorschläge ohnehin zu weit gehen, ist völlig offen, ob die unionsgeführten Bundesländer sie überhaupt anwenden werden. Im Ergebnis würde sich an den explodierenden Mieten in München, Hamburg, Frankfurt/Main oder Köln gar nichts ändern.

Die versprochene Wohngelderhöhung ist im Haushaltsentwurf bislang nicht vorgesehen, die Heizkostenpauschale wird von den SPD-Ministern nicht wieder eingeführt.

Strompreise: Gabriel an der Seite der Konzerne – auf Kosten der Verbraucher

Gabriel hält an vielen ungerechtfertigten Industrierabatten fest. So sollen weiterhin 65 Branchen Ausnahmen von der EEG-Umlage gewährt werden. Das heißt, Hartz-IV-Beziehende, Durchschnittsverdienende und kleine Unternehmen subventionieren über ihre Stromrechnung die Großindustrie.

Gabriel bremst die Energiewende: Drei Viertel der EEG-Umlage von gegenwärtig 6,24 Cent je kWh gehen auf das Konto der 20-jährigen Vergütung von Altanlagen. Neuanlagen sind dagegen heute viel preiswerter. Daher geht die geplante Deckelung des Ausbaus von Ökostromanlagen, wie sie Gabriel mit der EEG-Novelle anstrebt, in die völlig falsche Richtung.

Strompreise steigen weiter an.

Der durchschnittliche Strompreis für Privathaushalte ist zwischen 1998 und 2013 von 17,11 auf 28,73 Cent/kWh gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 68 Prozent bzw. durchschnittlich 3,5 Prozent pro Jahr. Die Große Koalition will jedoch die staatliche Strompreisaufsicht nicht wieder einführen.

Zahl der Stromabschaltungen 2012 (Bundesnetzagentur): 321.539

Stromsperrern sind rechtlich völlig unterreguliert und werden ohne Gerichtsbeschluss vollzogen. Schätzungen gehen sogar von 800.000 Abklemmungen pro Jahr aus. Sie sind eine stille soziale Katastrophe. Deshalb müssen Stromsperrern gesetzlich verboten werden. Das hat die Große Koalition aber nicht vor.

Tarifrunde im öffentlichen Dienst: Forderungen sind nicht »maßlos«, sondern notwendig

Innenminister de Maizière nennt die Forderungen der Gewerkschaften »maßlos überzogen«. DIE LINKE hält die Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten von 10 Prozent für maßlos überzogen. Dass Erzieherinnen, Krankenpfleger, Müllwerker, Busfahrerinnen u.a. insgesamt rund 6,7 Prozent mehr verdienen sollen, ist nicht nur maßvoll, sondern notwendig für den Anstieg der Reallöhne (Böckler-Stiftung: seit 2000 um 0,7 Prozent gesunken), um die Binnenwirtschaft in Deutschland zu stärken.

NSA-Affäre und Freihandelsabkommen – erst abgehört, dann über den Tisch gezogen?

Auf einem der vielen Höhepunkte der NSA-Überwachungsaffäre hat die Kanzlerin der Bevölkerung versprochen, ein »No-Spy-Abkommen« mit den USA zu vereinbaren. Das eigentlich Selbstverständliche sollte darin zugesichert werden: Unter Bündnispartnern – oder auch Freunden, wie Merkel sagte – spioniert man sich nicht aus.

Das Versprechen hat Merkel nicht gehalten. Die USA lehnen ein förmliches Abkommen ab und sehen keinen Grund, ihre bisherige Überwachungspraxis zu beenden. Bis heute sind die von der Bundesregierung verschickten Fragebögen, in denen sie um Aufklärung über Umfang und Methoden der Ausspähung bittet, nicht oder nicht vollständig beantwortet.

Auf der anderen Seite verhandelt die EU-Kommission im Auftrag der Regierungen der 28 Mitgliedstaaten mit den USA über die größte Freihandelszone der Welt (TTIP: Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft). Auf den Verhandlungstisch kommt alles: Finanzmarktregeln, Arbeitsrechte, Umweltstandards und vieles mehr. Ganz grundsätzlich zielt das Abkommen darauf ab, Konzerne und Kapital gegenüber Bürgerinnen und Bürgern weiter zu bevorteilen. Die konkreten Inhalte und Dokumente werden jedoch geheim gehalten, um »den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden«.

Steinmeier und von der Leyen wollen neue Auslandseinsätze – Rüstungsexporte: Deutschland weiter Europameister

- Große Koalition will mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Kultur militärischer Zurückhaltung wird endgültig aufgegeben
- Rüstungsexporte bleiben auf Rekordniveau
- Steuerzahler haften für Geschäfte mit Saudi-Arabien

2014 lässt uns an die kriegerischen Auseinandersetzungen des 20. Jahrhunderts erinnern: 100 Jahre liegt der Beginn des Ersten Weltkriegs zurück, 75 Jahre der des Zweiten. Diese Erfahrungen haben in der Außenpolitik über Jahrzehnte zu einer Kultur der militärischen Zurückhaltung geführt. Damit will die Große Koalition endgültig Schluss machen. Frank-Walter Steinmeier sagt, »Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren«, Verteidigungsministerin von der Leyen will die Bundeswehr dabei noch »familienfreundlicher« machen. Beim Drehen an der Kriegsschraube werden sie vom Bundespräsidenten unterstützt. Joachim Gauck sagte, die Bundesrepublik solle sich »als guter Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen«. Fast zeitgleich verkündet der aktuelle Fortschrittsbericht zu Afghanistan exemplarisch das ganze Scheitern militärischer Konfliktlösung.

Weiter auf Rekordniveau bleiben die deutschen Rüstungsexporte. Nach neuen Zahlen des Friedensforschungsinstitut Sipri ist Deutschland »Europameister« und drittgrößter Waffenexporteur der Welt. Weder die Rüstungsindustrie noch die Bundesregierung kennen dabei irgendwelche Skrupel, wie der Verkauf von Leopard-Panzern an Katar und Indonesien oder wie zuletzt von Patrouillenbooten an Saudi-Arabien zeigt.

»Mit Patrouillenbooten können sie nicht auf Plätzen die eigene Bevölkerung unterdrücken«, so die zynische Begründung des Exports von Sigmar Gabriel. Dieses Geschäft sichert der Steuerzahler mit einer Hermes-Bürgschaft über 1,4 Milliarden Euro ab. Die Schiffe werden von Saudi-Arabien offiziell für die Bekämpfung von Terror und Piraterie beschafft. Zu befürchten ist auch, dass sie gegen Flüchtlinge eingesetzt werden. Mögliche Menschenrechtsverletzungen durch das saudische Regime sind nicht ausgeschlossen.

Wenige Tage zuvor sagte Gabriel in einem Interview: »Es ist eine Schande, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren gehört«.

Steinmeier in Griechenland - SPD feiert Troika-Politik

Noch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl kritisierte die SPD die Politik der Bundesregierung in der Euro-Krise als »kalthertzig« und beschrieb die »sozialen Verwerfungen«, denen die Menschen in den am stärksten betroffenen Ländern ausgesetzt sind. Angesichts der Zustimmung im Bundestag zu allen »Hilfspaketen« in der vergangenen Legislaturperiode schon wenig glaubwürdig, hat die SPD nun jede Korrektur an der brutalen Kürzungspolitik aufgegeben.

Dies zeigte der Besuch von Außenminister Steinmeier in Athen im Januar. Er stellte nicht etwa den Kurs von Troika und Co. in Frage, sondern lobte den »ersten Teil des Weges, den Griechenland gegangen ist«. Außerdem sei er überzeugt, die Regierung verfüge »über den Mut und die Entschiedenheit, den Weg fortzusetzen«. Als Architekt der Agenda 2010 in Deutschland verwies er auf die Notwendigkeit, dem »eigenen Volk die notwendigen Schritte zu erklären« und bewies damit, dass ein Kurswechsel in Europa - zum Beispiel über Investitionsprogramme, die die SPD im vergangenen Jahr noch forderte - mit der Großen Koalition in Berlin ausgeschlossen ist.